



© KLAUS SINGER

Am 1. Juni ist Kindertag. Wir sollten zum Kindertag über Kinderreichtum sprechen. Was sind wir bereit, für diesen Reichtum auszugeben? DIE LINKE hat im Bundestag einen Aktionsplan gegen Kinderarmut vorgeschlagen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil die Umsetzung des Plans 14 Mrd. Euro kosten würde. Angesichts der Finanzlage sei dies nicht zu stemmen, so die Koalition aus CDU/CSU und SPD. Zum Vergleich: Die Rüstungsausgaben wollen diese Parteien von über 39 Mrd. Euro auf über 70 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen. So sieht es ein NATO-Beschluss vor.

Ich sag mal ...



© PRIVAT

Lichtenberg wandelt sich: Viel Neues entsteht, Kreativläden und Elterncafés florieren, Kitaplätze sind rar und Schulen platzen aus allen Nähten.

Wandel ist gut und birgt neue Chancen. Doch dürfen wir die nicht vergessen, die unseres besonderen Schutzes bedürfen. Wir leben in einem der reichsten Länder der Erde.

Und doch lebt in Lichtenberg ein Drittel der Kinder in Familien mit Hartz IV. Armut versteckt sich, weil sie Betroffenen oft peinlich ist. Sie stigmatisiert und grenzt aus. Kinder sind dem ausgeliefert und auf Hilfe angewiesen. Kinderarmut ist eine Schande!

Das müssen wir als LINKE immer wieder klar und laut sagen – nicht nur, aber besonders am Internationalen Kindertag.

Was helfen kann? Ein kostenloses Mittagessen in der Schule zum Beispiel, Bildungs- und Freizeitangebote, die nicht an den Geldbeutel der Eltern gekoppelt sind. Wir müssen Chancengleichheit in der Bildung schaffen – besonders für die Kinder, denen nicht ein reibungsloser Lebensweg vorgezeichnet ist. Jedes Kind hat das Recht auf eine glückliche Kindheit. Sie haben das Recht auf beides: Chancengleichheit und Schokolade!

ANTJE KIND

Antje Kind

Keine Experimente!

Sie haben bestimmt schon einmal eine Anzeige gelesen, in der Menschen für medizinische Experimente gesucht wurden. Haben Sie sich freiwillig gemeldet? Die meisten Menschen möchten nur ungern an Experimenten mit offenem Ausgang teilnehmen, das ist verständlich. Doch Tatsache ist, dass Sie persönlich an mehreren Experimenten der Bundesregierung teilnehmen, ohne dass Sie jemand gefragt hätte. Ich will nur ein Experiment nennen: die Rente. Die Aufgabenstellung lautete: Wie kann man die Renten dauerhaft kürzen? Dazu wurde die Formel zur Berechnung der Renten geändert und

das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht. Dieses Experiment gerät außer Kontrolle. Langfristig werden die Renten drastisch sinken. Menschen, die heute im Niedriglohnsektor arbeiten, werden keine Rente bekommen, sondern Grundsicherung. Sie haben in die Rentenkasse eingezahlt, bekommen aber dafür keine Rente ausgezahlt. Altersarmut ist vorprogrammiert. An diesem Experiment nehmen aber nicht alle teil. Z.B. der ehemalige VW-Chef Winterkorn bekommt eine Betriebsrente von 3.100 Euro am Tag. DIE LINKE lehnt dieses Experiment ab. Wir wollen die Rente wieder in Ordnung bringen. Alle sollen in die

gesetzliche Rentenkasse einzahlen. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Das bedeutet für einen durchschnittlichen Rentner: rund 130 Euro mehr im Monat. Wir wollen die Rente ab 65. Die Rentenmauer zwischen Ost und West muss endlich beseitigt werden. Es kann nicht sein, dass ein Ostdeutscher, der 1990 Rentner wurde, 100 Jahre werden muss, um die Rentengleichung zu erleben.

Wenn Sie auch keine Lust auf unkalulierbare Experimente haben, dann sollten Sie am 24. September mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen.

GESINE LÖTZSCH

Stromsperre:

DIE LINKE macht sich für ein Verbot von Stromsperren stark.



02

Problemfälle:

Interview mit Prof. Albert Diefenbacher zum City Point Center.



03

Sonderbehandlung:

Warum Einkommensmillionäre geschont werden.



04

Gesundheit:

Aus dem Wahlprogramm der LINKEN zu Gesundheit und Pflege.



07

KURZ GEMELDET

A 100-ALTERNATIVE

Eine Machbarkeitsstudie für soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum sowie öffentliche Grünflächen anstatt Autobahnverlängerung vom Treptower Park zur Frankfurter Allee beantragte die Lichtenberger Linksfraktion in der jüngsten BVV-Tagung, da in dieser Legislaturperiode jegliche Planungen für den 17. Bauabschnitt entfallen. Er betreffe u. a. das Lichtenberger Gewerbegebiet am Wiesenweg/Wartenbergstraße und den elfstöckigen Wohnblock zwischen Wilhelm-Gud-dorf-Straße und Bahndamm. „Wir können es uns nicht länger leisten, Flächen für einen gescheiterten Autobahnausbau zu blockieren“, unterstützt MdA Sebastian Schlüsselburg das Vorhaben.

CRANACH-SCHULPREIS

Für sein besonderes Engagement bei der Integration von Willkommensklassen erhielt das Barnim-Gymnasium den mit 50.000 Euro dotierten Förderpreis der Cranach-Stiftung für das Projekt „Leben in Deutschland – Brücken bauen“. In der Hohenschönhausener Schule werden Kinder und Jugendliche aus aller Welt, die zur Einschulung keine deutschen Sprachkenntnisse mitbringen, je nach Lernfortschritt und Vorbildung bis zu 12 Monate in die Regelklassen integriert. Seit 2015 wurden 173 SchülerInnen in 16 Willkommensklassen unterrichtet.

SOMMERPOSSE

Hunderte Unterschriften für den Eisverkauf am Freiaplatz/Siegfriedstraße sammelte Betreiber Mirweis Nasrat in diesen Tagen ein. Den zu Jahresbeginn beantragten Ausbau des dortigen Kiosks hatte das Ordnungsamt mit widersprüchlichen Begründungen untersagt. Danach würde der seit Jahren genehmigte Kiosk infolge seiner Park- und Spielplatznähe „negative Auswirkung auf das städtebauliche Ortsbild“ entfalten.

NEUSTART

Frisch herausgeputzt hat sich die Sporthalle in der Hagenstraße 26. Nach 1 ½ Jahren Grundsanierung für 1,8 Mio Euro aus dem Programm „Stadtumbau Ost“ steht sie den SchülerInnen umliegender Schulen ebenso zur Verfügung wie den sportinteressierten Nachbarn rund um den Nibelungenpark. JOACHIM PAMPEL

Schöner Roedeliusplatz



Auf dem Roedeliusplatz hat seit 1905 die Glaubenskirche ihre Adresse.

In der Rushhour ist hier dicht. Zum Verweilen ruft der Roedeliusplatz eher nicht. Wo Planer zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts noch ein Lichtenberger Stadtzentrum verorteten, ist eine alltägliche Verkehrsfurt für Motorisierte und Unmotorisierte entstanden. Sie fluten zur B1 oder U-Bahn-Magistrale und in die nordöstlichen Ruhezeiten des Bezirkes oder deren nachindustrielle Nachbarschaft.

„Alltägliche Tristesse eben“, so Pausenraucher vor der Tür Schottstraße 6. Im Gemeindehaus des Kir-

chenkreises Oberspreewald umtummeln sich die Gäste zahlreicher Einrichtungen, die Ecke Fanningerstraße wird vom Gesundheits-/Ärztelhausbewerkerstrom dominiert. Hinter der 1905 erbauten Glaubenskirche wird das Amtsgericht munter frequentiert.

1897 zunächst Amtsgerichtsplatz, schließlich 1935 nach dem ersten Gemeindevorsteher Adalbert Roedelius (1874-1877) benannt, hat das eigentlich vierkantige 10.000 m² Areal um den heutigen koptischen Bischofssitz St. Antonius & St. Shenouda durchaus Entwicklungspotentiale.

Infolge ihres im Auftrag des Bezirksamtes erstellten Gutachtens wirkt die Firma Stattbau GmbH seit Jahren an der Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten – so steht die Sanierung der Straße auf dem Plan mit verbesserter Verkehrsführung, einem teilweisen Austausch des historischen Kopfsteinpflasters. In diesem Jahr noch sind breitere Gehwege und ein Fahrradweg vorgesehen.

Seit der 9. Stadtteilkonferenz im April dieses Jahres stehen neue Überlegungen im Raum. Darunter die verbesserte Aufenthaltsqualität zwischen Kirche, Amtsgericht und Finanzamt Magdalenenstraße, die Verlegung von Parkplätzen vom Platzrand an die ehemalige Straßenbahnhaltestelle, Fahrradabstellmöglichkeiten. 2018 stehen für Verbesserungen 40.000 Euro, weitere 100.000 Euro im Jahr 2019 sowie 2020 noch einmal 400.000 zur Verfügung. Damit auch Sie als Leser sich mit in die Gestaltung des Platzes einbringen können, wird diese Ausgabe der Zeitung ausnahmsweise allen zugänglichen Briefkästen der umliegenden Straßen zu finden sein. JOACHIM PAMPEL

DIE LINKE fordert Verbot von Stromsperren

17 819 Berliner Haushalten wurde im vergangenen Jahr der Strom abgestellt – so das Ergebnis meiner Anfrage an den Senat. In Lichtenberg betraf dies 1779 Haushalte, das ist ein Anstieg von über 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Leben ohne Strom, das heißt kein Licht, kein warmes Essen, kein Telefon, kein Fernsehen, kein Internet – und oftmals auch keine Heizung. Die Versorgung mit Strom gehört zum Grundbedarf für ein menschenwürdiges Leben. Aber die im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehenen 34,50 Euro für „Energie- und Wohninstandhaltung“ reichen nicht aus, um die Kosten zu decken. Allein die Stromkosten für einen Ein-Personen-Haushalt mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 1 500 Kilowattstunden ohne Warmwasser liegen im Grundversorgungstarif bei 45,50 Euro. Schulden und in der Folge Stromsperren sind so oft vorprogrammiert. Aber auch andere Haushalte mit niedrigem Einkommen sind zunehmend von Stromsperren betroffen. Die Bundesgesetzgebung schützt



Leben ohne Strom ist schwierig, 1 779 Haushalten in Lichtenberg wurde 2016 der Strom abgestellt.

arme Haushalte nur unzureichend vor Strom- und Gassperren. DIE LINKE fordert ein Verbot von Stromsperren, zumindest jedoch, dass diese nur nach behördlicher Genehmigung erfolgen dürfen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Haushalte mit Kindern, Schwangeren und auf die Stromversorgung angewiesenen Kranken, der Strom nicht abgestellt wird. Dann können auch Sozialbehörden und Ju-

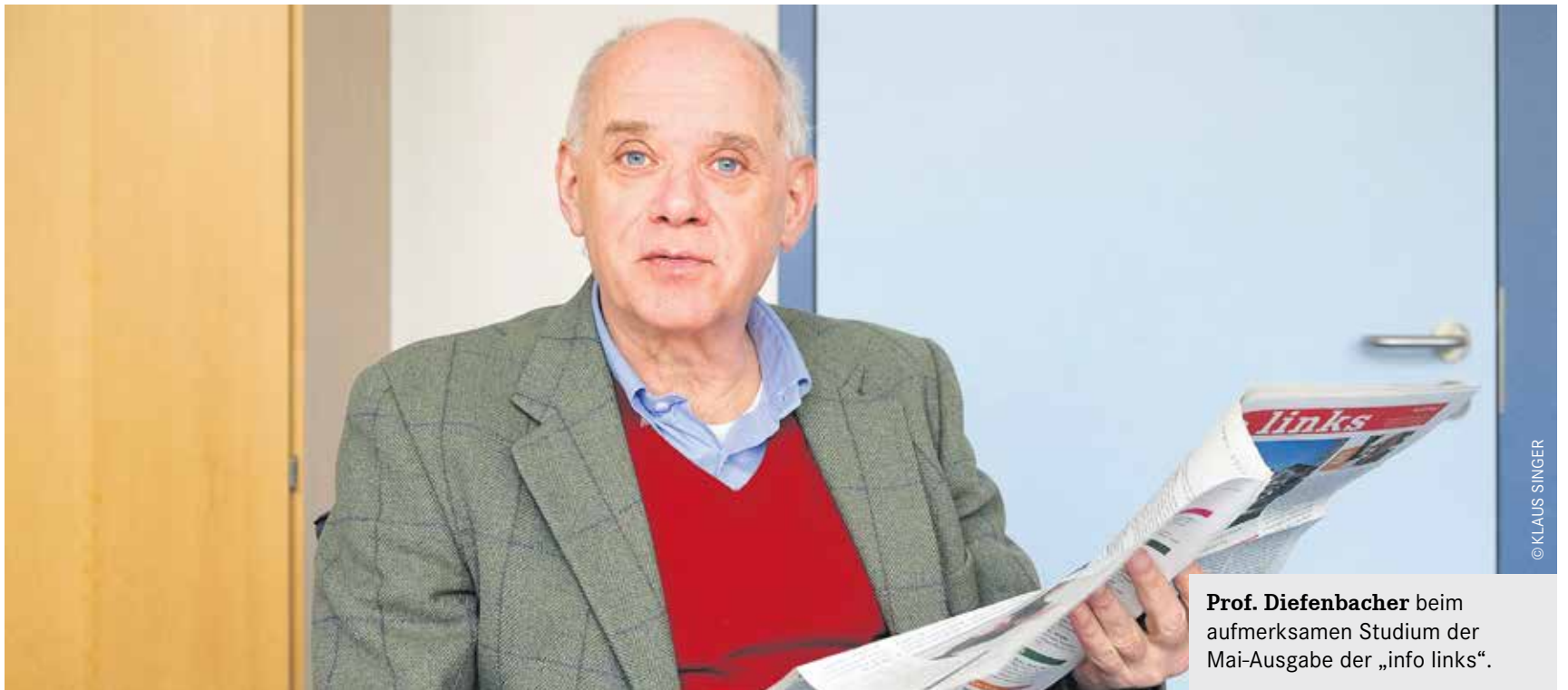
gendämter rechtzeitig aktiv werden und Unterstützung und Rat geben.

In Berlin wollen wir eine Stärkung der unabhängigen Schuldenberatung. Die Strom- und Gasversorger fordern wir auf, bei Sperrandrohungen auf unabhängige Schuldenberatung hinzuweisen, um bereits im Vorfeld Strom- und Gassperren abzuwenden.

HARALD WOLF

Gelebte Integration

Im März wurde das City Point Centrum für psychische Gesundheit (CPC) eingerichtet. Info links sprach mit Prof. Albert Diefenbacher. Er ist Chefarzt für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik am Evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge. | Von KLAUS SINGER



Prof. Diefenbacher beim aufmerksamen Studium der Mai-Ausgabe der „info links“.

■ **Sie bieten u. a. im CPC einen ambulanten qualifizierten Entzug für Suchtpatienten an. Ist das praktikabel?**

Ja, es gibt Menschen, die in einem guten sozialen Umfeld leben, Arbeit und Familie haben und die vom Alkohol loskommen wollen. Für diejenigen ist eine Tagesklinik ideal.

■ **Warum liest man in den Zeitungen eigentlich so viel über Cannabis und andere moderne Drogen und so wenig über Alkohol und Medikamente als Suchtmittel?**

Alkohol ist tief in unserer Kultur verankert und gesellschaftlich akzeptiert. Hinzu kommt, dass es bei modernen Drogen Reaktionen der Betroffenen gibt, wie Psychosen oder bizarre Handlungen, die besonders auffällig sind.

■ **Welche Erfahrungen haben Sie mit der russisch-sprachigen und der vietnamesisch-sprachigen Ambulanz gemacht?**

Die Angebote werden gut angenommen. Wir haben sogar deutsch-vietnamesische Therapie-Gruppen für psychosomatische Erkrankungen. Das funktioniert sehr gut. Das ist für mich gelebte Integration.

■ **Sie haben seit Januar auch ein Angebot im Jobcenter und bieten**

dort „Psychosoziales Coaching“ an, warum?

Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, brauchen Unterstützung, wenn es um depressive Verstimmungen, Antriebsstörungen und andere psychische Beeinträchtigungen geht. Unsere Psychologin hatte in vier Monaten schon über 90 Gespräche mit Betroffenen geführt.

■ **Die Zahl der Menschen mit Depressionen nimmt zu. Was sind die Gründe?**

Die Zahl der schweren Depressionen ist relativ stabil. Aber es gibt viele Menschen, die mit grundsätzlichen Fragen nicht zurechtkommen: Was will ich mit meinem Leben anfangen? Wohin gehöre ich? Die Vereinzelung und Isolation nimmt in unserer Gesellschaft zu. Es ist erwiesen, dass Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe vor Krankheiten und vor Suizid schützt. Wir bieten eine neue Form der Psychotherapie an. Bei der Akzeptanz- und Commitmenttherapie (ACT) werden klassische verhaltenstherapeutische Techniken mit achtsamkeits- und akzeptanzbasierten Strategien kombiniert.

■ **Braucht eine Gesellschaft, in der Menschen akzeptiert werden, wie sie sind, in der man achtsam**

miteinander umgeht und soziales Engagement gewürdigt wird, eine solche Therapie?

Es ist ein Problem, dass in unserer Gesellschaft immer mehr Aufgaben medizinisiert werden. Menschen, die psychische Probleme haben, werden schneller in das Gesundheitssystem abgeschoben, obwohl vielleicht Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen schon viel helfen würden. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung. Es werden auch immer mehr psychisch kranke Menschen in unser Krankenhaus eingewiesen, die ohne festen Wohnsitz sind. Das sind auf unseren Akutstationen nahezu 15%. Das sind beunruhigende Zahlen.

■ **Wollen diese Obdachlosen überhaupt ihr Krankenhaus verlassen?**

Doch, diese Menschen wollen nicht dauerhaft bei uns bleiben. Aber wir können ihnen in der Regel auch zeitnah keine Wohnungen oder Wohngemeinschaften anbieten. Das ist ein ungelöstes Problem.

■ **Was können wir als Gesellschaft gegendiesen „Abschiebe-Trend“ tun?**

Wir brauchen eine grundsätzliche Wertediskussion in unserer Gesellschaft. Das klingt etwas verstaubt, ist aber trotzdem nötig. Da erwarte ich von al-

len Parteien mehr Klarheit und Engagement, auch von der Linkspartei. Wir leisten auch unseren Anteil. Wir kooperieren z. B. mit dem Manfred-von-Ardenne-Gymnasium. Schüler setzen sich aktiv mit Problemen psychisch Kranker auseinander. Ich bin sehr beeindruckt vom Wissen und dem Engagement dieser Schülerinnen und Schüler.

■ **Was erwarten Sie konkret vom Berliner Senat und dem Bezirksamt?**

Der Berliner Koalitionsvertrag geht in die richtige Richtung. Darüber hinaus brauchen wir z. B. Lösungen für überfüllte Notaufnahmen. Das müssen wir besser lösen. Vor allem aber: Im Moment werden Obdachlose und psychisch Kranke in unserem Sozial- bzw. Gesundheitssystem getrennt gesteuert, was bewirkt, dass z. B. den Psychiatriekoordinatoren der Bezirke psychisch kranke Menschen im Versorgungssystem für Obdachlose eher nicht bekannt und nicht psychiatrisch versorgt sind. Das kann zu Krisen führen und zu Krankenhauseinweisungen, die vielleicht vermeidbar wären. Hier muss besser koordiniert werden. Hier sind wir im Gespräch mit dem Bezirksamt Lichtenberg.

Weltfriedenstag feiern!



Schon 2016 haben wir den Weltfriedenstag mit Gregor Gysi und Tino Eisbrenner in Lichtenberg gefeiert. Hier zeigt sich meine Wahlkreisbüroleiterin Anika vor der Veranstaltung vor unserer Großfläche.

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) ist ein Paukenschlag. Er macht den Niedergang der EU deutlich. Der Kontinent ist in Ost und West, Nord und Süd gespalten. Krieg, Sanktionen, Rentenkürzungen und Entsolidarisierung prägen Europa. Das politische Personal der Europäischen Union ist mit der Krise völlig überfordert und reagiert kopflos. Kommissionspräsident Juncker ist nicht in der Lage, gemeinsame europäische Lösungen zu finden.

Die Regierungen der EU-Mitgliedsländer haben einen entscheidenden Anteil an der Krise. Insbesondere die Bundesregierung hat mit ihrer Kürzungspolitik großen Schaden an-

gerichtet. Griechenland ist in einer dramatischen Dauerkrise. Spanien, Portugal, Italien und Frankreich haben mit hohen Staatsschulden und Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen. Das Europa der Regierungen und EU-Institutionen funktioniert nicht mehr. Gespräche finden heute in der Regel zwischen Regierungsvertretern und EU-Beamten statt, weniger zwischen Bürgerinnen und Bürgern. Das muss sich ändern! Europa braucht Impulse von Europäerinnen und Europäern, die ein Europa mit menschlichem Antlitz wollen. Ein Europa von unten kann entstehen, wenn die Menschen miteinander ins Gespräch kommen und Ideen für ein friedliches und so-

lidarisches Europa austauschen. DIE LINKE im Bundestag hat deshalb vorgeschlagen, den Weltfriedenstag als europäischen Feiertag zu begehen. Ein gemeinsamer europäischer Feiertag bietet den Menschen die Möglichkeit, grenzüberschreitend vielfältige spontane und organisierte Begegnungen zu erleben.

Der Weltfriedenstag, der 1. September, ist ein geeignetes Datum für einen europäischen Feiertag. Trotz aller Differenzen in Europa will die Mehrheit der Menschen ein friedliches Miteinander. Der 1. September, der Weltfriedenstag, erinnert uns an den Beginn des schrecklichsten Krieges in der Geschichte der Menschheit – den 2. Weltkrieg. Es wäre eine zivilisatorische Leistung, wenn es gelingen würde, viele Menschen aus anderen Ländern zu überzeugen, einen europäischen Feiertag zu beschließen. Dabei soll sich dieser Feiertag nicht nur auf die EU-Mitglieder beschränken. Einen wirklichen europäischen Feiertag gibt es nur, wenn sich möglichst alle Staaten Europas dieser Initiative anschließen. Unser Antrag wird am 1. Juni im Bundestag diskutiert. Egal, wie die anderen Parteien über den Vorschlag denken, wir werden am 3. September den Weltfriedenstag in Lichtenberg feiern. GESINE LÖTZSCH

■ Weltfriedenstag feiern!

Mit Gregor Gysi und Tino Eisbrenner, 3. September 2017, 16 Uhr, Anton-Saefkow-Platz

20

ZAHL DES MONATS

Anlässlich des Internationalen Kindertages sollten wir den Blick auf die jungen Erdenmenschen lenken, denen kein Leben auf der finanziellen Sonnenseite des Systems beschieden ist: Weltweit sind mehr als 160 Mio. Kinder unter 5 Jahren für ihr Alter zu klein, weil sie nicht genug zu essen haben. Dabei kostet ein ausgewogenes Mittagessen in den betroffenen Regionen gerade einmal 20 Cent.

In Deutschland muss kein Kind hungern. Was es aber heißt, unterhalb des Existenzminimums zu leben, muss hierzulande fast jedes 5. Kind am eigenen Leib erfahren. Nicht nur an Geld fehlt es. Arme Kinder sind häufiger Gewalt ausgesetzt und psychisch auffällig; sie haben auch öfter Übergewicht und sind seltener in Sportvereinen als ihre bessergestellten Altersgenossen. Und dennoch gelten sie nur als „relativ arm“. „Absolut arm“ sind hingegen die fast 5% der Kinder, die unter „erheblichen materiellen Entbehrungen“ leiden. Nicht mal jeden 2. Tag eine vollwertige Mahlzeit zu haben, nicht ausreichend heizen zu können, keine Waschmaschine zu besitzen – sind Kriterien der absoluten Armutsmessung.

DIE LINKE fordert die Anhebung des Kindergeldes auf 328 Euro monatlich und die entsprechende Erhöhung der Kinderregelsätze. 20 Mrd. Euro würde diese Maßnahme kosten.

Allein 23,7 Mrd. Euro hat der Finanzminister im Jahr 2016 am Schuldendienst gespart, weil Deutschland seit der Finanzkrise immer weniger Zinsen zahlen muss. Doch was macht der mit Geld? Der rettet lieber die schwarze Null als Kinder vor der Armut. TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: **Dienstag, 6. Juni, 17 Uhr** Bitte anmelden unter Telefon 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de.

Millionäre werden geschont

Wenn über Steuerbelastung im Wahlkampf gesprochen wird, dann wird gern etwas verschwiegen: Die Tatsache, dass Einkunftsmillionäre nur selten von den Finanzämtern geprüft werden, ob sie auch wirklich ihrer Steuerpflicht nachkommen. Sie tun es in der Regel nicht. Die Zahl der Einkommensmillionäre nimmt seit Jahren zu. Das belegt das statistische Bundesamt. Gleichzeitig nehmen die Prüfungen von Einkunftsmillionären ab. Es gibt regelrecht einen Wettbewerb unter den Bundesländern, wer seine Millionäre besonders selten prüft. Gab es 2010 noch 1.838 Prüfungen, sank die Zahl 2014 auf 1.391 Prüfungen.

Bereits 2006 hat der Bundesrechnungshof festgestellt, dass Einkunfts-

millionäre in einigen Bundesländern nur alle 30 Jahre geprüft werden. Dabei erbringt eine Prüfung im Durchschnitt 225.000 Euro. 2014 gab es bei 1.391 Außenprüfungen nur 281 Prüfungen (20,2%) ohne Beanstandungen. Es mussten 313 Mio. Euro Mehrsteuern nachgezahlt werden. Das sind beeindruckende Erfolge der Steuerbehörden. Wenn man bedenkt, dass jährlich nur 11 bis 16 Prozent der Einkunftsmillionäre geprüft werden, dann kann man sich vorstellen, wie viel Geld der Gesellschaft an Steuern vorenthalten wird. Doch mehr Erfolg wollen die Landesregierungen, die besonders viele Millionäre beherbergen, nicht.

Ich habe vorgeschlagen, die Prüfquote zu erhöhen. Der Bundesfinanzminister zeigte wenig Interesse an

dem Problem und verwies auf die Zuständigkeit der Bundesländer. Dass die Bundesregierung hier tatenlos zusieht, wie Steuereinnahmen vorenthalten werden, zeigt, dass sie sich offensichtlich als Vermögensverwalter einer kleinen Schicht von Millionären versteht.

Ein von mir in Auftrag gegebenes Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages hat geklärt, dass der Bundesfinanzminister sehr wohl die Prüfquote über die Abgabenordnung festlegen kann. In einem entsprechenden Antrag fordert meine Fraktion eine verbindliche Quote. Mindestens alle drei Jahre sollen danach Einkunftsmillionäre geprüft werden. Ich bin gespannt auf das Votum von CDU und SPD. GESINE LÖTZSCH



Beim Kindertag 2016 im Park am Rathaus Lichtenberg hatten diese Mädchen Spaß.

Der Schatz von Lichtenberg

Es muss einmal gesagt werden: Lichtenberg verfügt über einen großen Schatz. Dieser Schatz wird jedes Jahr ganz genau gezählt. Zum 31.12.2016 lebten genau 44.235 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in unserem Bezirk. Davon sind 18.118 Kinder jünger als 6 Jahre. Und dieser Schatz wächst weiter, jedes Jahr kommen etwa 3.000 Kinder hinzu.

Den meisten Kindern und Jugendlichen geht es wirtschaftlich ganz gut. Damit verfügen sie über gute Voraussetzungen für Bildung, Teilhabe, Spielen, gesundes Aufwachsen und für ihre Zukunft. Doch für viele Lichtenberger Kinder und Jugendliche gilt das leider nicht. Kinder und Jugendliche, die bei Eltern mit SGB II-Bezug leben, gelten als arm. Besonders der Anteil der Kinder, die bei Alleinerziehenden mit SGB II-Bezug leben, ist in Lichtenberg überdurchschnittlich hoch. Er beträgt 17,3% und liegt damit weit über dem Berliner Durchschnitt. Kinderarmut ist vor allem Elternarmut mit für die Kinder bedrückenden Auswirkungen.

Auch wenn vor allem von der Bundesebene ausgehend dringend umfassende Maßnahmen ergriffen werden müssen, kann auch ein Bezirk etwas tun. Seit zwei Jahren ist Lichtenberg als einziger Berliner Bezirk als familienfreundliche Kommune zertifiziert. Damit alle Kinder und Jugendliche in Lichtenberg gut aufwachsen können, unternimmt der Bezirk große Anstrengungen. Gegenwärtig verfügt der Bezirk über 13.590 Kitaplätze. Vor fünf Jahren waren es 9.422. Allein in diesem Jahr werden 500 Kita-

plätze neu hinzukommen. Für diese Betreuung gibt Lichtenberg ca. 150 Mio. Euro jährlich aus. 41 Jugendfreizeiteinrichtungen und 3 Schülerclubs mit insgesamt 3.953 Plätzen, für die aus dem Bezirkshaushalt 4,5 Mio. Euro eingesetzt werden, können genutzt werden, genauso wie zahlreiche sportliche und kulturelle Angebote an Schulen und in Vereinen. Kinder-, Jugend- und Familienerholungsreisen für insgesamt ca. 600 TeilnehmerInnen werden im Umfang von 69.000 Euro bezuschusst. Für etwa 3.000 Fälle bei Eingliederungshilfen für behinderte Kinder, erzieherische Hilfen für Familien, frühe Hilfen, wie z. B. Familienhebammen, Patengroßeltern oder auch das Gutscheiprojekt, um belastete Familien gezielt in Förderung und Entlastung zu bringen, werden jährlich ca. 55 Mio. Euro ausgegeben. 80% der Familien mit Neugeborenen werden durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst mit einem ersten Hausbesuch erreicht.

Da Kinder und Jugendliche ExpertenInnen für ihr Leben sind und am besten wissen, was sie brauchen, spielt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen eine wichtige Rolle. Ob Spielplätze oder Parks, Schulen oder Freizeiteinrichtungen überall, wo es um Mitbestimmung und Beteiligung geht, sind die Wünsche, Ideen und Hinweise von Kindern und Jugendlichen gefragt. Daraus ergeben sich Projekte, die gemeinsam mit dem Bezirksamt vor Ort gestaltet werden – immer dort, wo sich Kinder und Jugendliche aktiv für Ihre Interessen einsetzen.

KATRIN FRAMKE

KOMMENTAR



Der Regionalbahnhof Karlshorst muss bleiben

Der Regionalbahnhof Karlshorst soll Ende des Jahres endgültig schließen, wenn es nach dem Willen der Deutschen Bahn geht. Die Deutsche Bahn ist ein zu 100 Prozent bundeseigenes Unternehmen. Damit ist sie in erster Linie öffentlichen Interessen verpflichtet. Ich finde, Karlshorst gehört auch weiterhin an das DB-Netz angeschlossen. Dafür sprechen steigende Einwohnerzahlen, der Tierpark Berlin und nicht zuletzt die Hochschule für



© NORMAN WOLF

Technik und Wirtschaft. KarlshorsterInnen sagen mir, dass sie die Bahn nutzen, um zur Arbeit zu fahren. Es geht hier nicht nur um eine schnelle Anbindung zum Flughafen Schönefeld. Die S 3 ist häufig überfüllt. Hier schafft die Regionalbahn Entlastung.

In unmittelbarer Umgebung des Bahnhofes entstehen zwei neue Wohnhäuser mit hunderten Wohnungen. Mitte 2018 wird in der Wandlitzstraße neu gebaut. Mehr Menschen, die zu uns ziehen, bedeutet, dass der ÖPNV stärker genutzt werden wird. Es ist völlig unverständlich, dass bei einem Berliner Verkehrskonzept, das den ÖPNV stärken will, ein Halt der Regionalbahn wegfallen soll. Außerdem ist der Bahnhof Köpenick noch nicht fertiggestellt. Selbst das Abgeordnetenhaus hatte noch in der letzten Legislatur einen Beschluss gefasst, der einen Weiterbetrieb in Karlshorst fordert, solange Köpenick nicht fertiggestellt ist. Das soll bis nach 2020 dauern. Wir haben deshalb in die BVV einen Antrag eingebracht. Wir wollen, dass der Regionalbahnhof mit seinen Linien RE 14 und RE 7 weiterbetrieben wird. Der Senat müsste einen solchen Halt bestellen. Klar ist aber auch, dass der Bahnhof – wenn er bleibt – saniert werden muss. Er ist derzeit nicht barrierefrei.

NORMAN WOLF

Gemeinsam lernen mit links

Am 27. April hat die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg den Antrag „Standorte für Gemeinschaftsschulen in Lichtenberg“ der Linksfraktion beschlossen. Das Bezirksamt soll nun weitere Grundstücke für mögliche Gemeinschaftsschulen auf bezirks- und landeseigener oder rückkaufbarer Fläche finden und die Bezirksverordneten bis Juni 2017 unterrichten. Ebenso wird es überprüfen, wo noch Erweiterungsbauten möglich sind.



Berliner Novum:

Die Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule in der Erich-Kurz-Straße ist die erste inklusive Gemeinschaftsschule des Landes.

Zwei Gemeinschaftsschulen sind in Lichtenberg bereits eingerichtet: Der Grüne Campus Malchow bietet ein ökologisches Profil. Die Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule ist zugleich Inklusive Schwerpunktschule. Die Finanzierung einer vierzügigen Gemeinschaftsschule in der Waldowallee 115 befindet sich derzeit in der Absprache mit dem Senat. Und weitere Standorte könnten folgen.

Möglich wurde dies unter anderem durch die in der Koalitionsvereinbarung der rot-rot-grünen Koalition getroffenen Festlegungen: Gemeinschaftsschule wird künftig als Regelschulart im Berliner Schulgesetz etabliert. Die Bezirke sollen zur Gründung ermutigt und beim notwendigen Schulneubau unterstützt werden.

MICHAEL NIEDWOROK

„AfD“ im Parlament

Bei den Wahlen vom 18. September 2016 zog die „AfD“ mit 12 Bezirksverordneten in die BVV Lichtenberg ein. Ihr Wahlerfolg, trotz fehlender Präsenz im Wahlkampf, zeigt, dass sich die Wählerinnen und Wähler mit ihrer Wahl nicht für die „AfD“, sondern vor allem gegen die anderen Parteien entschieden haben.

Wir müssen deshalb unser bisheriges Wirken kritisch hinterfragen und überlegen, wie wir in Zukunft wieder stärker in Kontakt auch mit unzufriedenen Bürgerinnen und Bürgern kommen können, um ihnen ein glaubwürdiges Vertretungsangebot für ihre Interessen zu machen. Daneben bleibt es eine Herausforderung, den richtigen parlamentarischen Umgang mit der „AfD“ zu finden. Diesen Monat luden wir dazu Dr. Gerd Wiegel, Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus der linken Bundestagsfraktion, zu einer Diskussion in die Fraktion ein. Gerd Wiegel führte in die Ziele und Programmatik der Bundespartei „AfD“ ein und berichtete über die bisherigen Erfahrungen im



parlamentarischen Umgang. Schwerfalle immer wieder die Entscheidung, ob man zu „AfD“-Anträgen contra geben soll, und sie so mit unverdienter Aufmerksamkeit adelt, oder ihre Provokationen leerlaufen lässt, was aber

dazu zwingt, manches unkommentiert zu lassen.

Statt in die Sacharbeit zu finden, setzt auch die „AfD“ in Lichtenberg auf plumpe Provokationen. Ein Beispiel: Die AfD stimmte gegen beantragte Gelder für die Lagerarbeitsgemeinschaft Dora-Buchenwald. Ihr Redner bezeichnete dabei die ehemaligen Insassen als „Kfz-Häftlinge“ und nannte dies anschließend einen „freudschen Versprecher“. Natürlich hat die LINKE dagegen klar Stellung bezogen.

Unsere Aufgabe ist es nun, von der „AfD“ mehr als nur Phrasen und Schönwetterreden einzufordern. Will die „AfD“ sich wirklich gegen Nachverdichtung einsetzen oder weiterhin die Vernichtung von Wohnungsbaupotentialen durch den Weiterbau der A 100 befördern? Will die „AfD“ Mieter vor Verdrängung schützen oder lehnt sie weiterhin Milieuschutzgebiete zu Gunsten der Verwertungsinteressen der Eigentümer ab? Die Linke wird mit Sachanträgen eine Positionierung erzwingen. ANTONIO LEONHARDT

Russland – Freund oder Feind?

Die Berliner Freunde der Völker Russlands e. V. hatten auch dieses Jahr Veteranen des Verbandes der Westgruppe der Russischen Streitkräfte zum 8. Mai nach Berlin eingeladen.

Es gab den Wunsch nach einem Gespräch über die Bedeutung dieses Tages, über die Rolle Russlands heu-

te sowie über das deutsch-russische Verhältnis. Christina Emmrich sagte mir sofort zu, eine spannende Runde im Nachbarschaftshaus am Berl zu organisieren. Nach einem vormittäglichen Gespräch mit Jugendlichen in der Gemeinschaftsschule Grüner Campus Malchow saßen nachmittags

überwiegend Menschen zusammen, die den Krieg und die ersten Nachkriegsjahre miterlebt hatten. Gesine Löttsch sprach über Bersarins Ehrenbürgerschaft, seit 2003 auch im vereinten Berlin.

Generaloberst Potarov und Generaloberst Terentjew, letzte Soldaten russischer Streitkräfte auf deutschem Boden, erinnern sich gern an ihre Zeit in Karlshorst. Deutsche seien noch immer Freunde. Es wurde im Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die deutsche Ideologie der Nazis gekämpft. Es sei schön, dass Jugendliche heute lieber über Frieden statt über Krieg sprechen. Das macht Hoffnung!

Zwei ältere Frauen berichteten, wie sich sowjetische Soldaten nach der Befreiung der hungernden deutschen Bevölkerung annahmen. Walter Gauks von Lyra e. V. erzählte von dem nicht einfachen Leben der Russlanddeutschen in der Sowjetunion. Abschließend blieb nicht nur bei den Generälen der Wunsch, durch „zwischenmenschliche Demokratie“ mehr Frieden und Völkerverständigung zu schaffen. KERSTIN ZIMMER



Generaloberst Terentjew (links) und Generaloberst Potarov bei ihrem Besuch in Berlin.

Schönheit im Zentrum von Neu-Hohenschönhausen



Bei der Diskussion auf dem Bürgerforum zum Zentrum von Neu-Hohenschönhausen zeigten die BürgerInnen große Sachkunde, Energie und Leidenschaft.

Die Weiterentwicklung des Zentrums ihres Stadtteils stand im Fokus des Bürgerforums „Mein Kiez – Dein Kiez“, zu dem unsere BVV-Fraktion am 26. April alle interessierten EinwohnerInnen von Neu-Hohenschönhausen eingeladen hatte. Etwa 40 BesucherInnen kamen in die Anna-Seghers-Bibliothek im Linden-Center, um mit uns in Ideenaustausch zu treten. Auf dem Podium hatten unser linker Bürgermeister Michael Grunst, unsere Wahlkreisabgeordnete Ines Schmidt und

als Bezirksverordnete Prof. Dr. Jürgen Hofmann und ich selbst als Gäste teilgenommen. Als Moderator führte unser Fraktionsvorsitzender Norman Wolf durch einen spannenden Abend voller leidenschaftlicher und teilweise kontroverser Diskussionen.

Im ersten Teil der Veranstaltung ging es hauptsächlich um das Bauprojekt an der Wartenberger Straße. Dort sollen auf dem Vorplatz des Kinos CineMotion kleinteiliger Einzel-

handel, Arztpraxen, eine Apotheke, ein Café sowie betreutes Wohnen und neben dem Kino ein großflächiger Verbrauchermarkt entstehen. Aus den zahlreichen Fragen und Meinungsäußerungen auf der Versammlung wurde deutlich, dass das Bauvorhaben, insbesondere der große Einzelhandelsbetrieb, durchaus kritisch gesehen wird. In der zweiten Hälfte des Abends stand der Gedankenaustausch über die Verschönerung des Prerower Platzes hinter dem

Linden-Center und des Stadtplatzes im Vordergrund. Die Resonanz auf unsere Vorschläge für eine Begründung und Ausstattung mit Sitzgelegenheiten war überaus positiv und hat uns in unseren Plänen bestärkt. Wir werden nun gemeinsam über das weitere Vorgehen beratschlagen und die Möglichkeiten ausloten, die Vorstellungen und Wünsche der BürgerInnen für eine ansprechende Gestaltung des Zentrums ihres Stadtviertels umzusetzen. ROMAN VERESSOV

Politik und Spaß am 1. Mai



Engagiert dabei – Ingeborg und Dieter Görzdorf (Links) am Stand der LINKEN.

Ein kultureller Spaziergang

Wir hatten Glück mit dem Wetter an diesem Samstagmorgen, dem 13. Mai. Der kleine Tuchollaplatz lag still zwischen den Häusern und blühenden Bäumen.

Ein dutzend Menschen trafen sich mit Bürgermeister Michael Grunst und wir hörten vom Architekten Herrn Lang Interessantes über den Platz und die Victoriastadt sowie die Arbeit

der dortigen Bürgerinitiative. Gegenüber im historischen Stadthaus befindet sich das Museum Lichtenberg. Dort erfuhren wir Wissenswertes über die Entstehung des Museums. Wir wanderten nun zu den B.L.O. Ateliers auf dem ehemaligen Bahngelände. Die B.L.O. Ateliers sind eine der interessantesten und größten Künstlergemeinschaften im Osten Berlins. In einem dunklen Raum bekamen wir eine kleine Theatervorstellung mit einer Darstellerin in einem beweglichen Bühnenbild zu sehen. Wir spazierten anschließend durch das verwilderte grüne Gebiet des alten Bahngeländes der Deutschen Bahn und trafen dann im ehemaligen Heizhaus ein, das eine Bauschlosserei und zukünftig auch Künstlerateliers beherbergen wird.

Von dort ging es ins Rockhaus, wo viele bekannte Musiker proben und musizieren und wir bekamen ein kleines Konzert geboten. Auf unserem Weg durch die Neubauten der Frankfurter Allee Süd sahen wir das Nachbarschaftshaus Kiezspinne und die Jugendeinrichtung Steinhaus. Unser Spaziergang endete am Mittag im Studio Bildende Kunst. SASKIA WENZEL



Voll konzentriert – Kerstin Zimmer beim Kinderschminken.



Herzlich Willkommen in den B.L.O.-Ateliers, Kaskelstraße 55.



DJ Richard Pitterle begeisterte beim Tanz in den Mai Jung und Alt mit seinen Salsa-Klängen.

Kreativ und engagiert in der Flüchtlingshilfe Christa Bertag



© DANIELA FUCHS

Christa Bertag mit Erik Dancs – Leiter des Projekts (li.) und Mathias Bielor – Spielplatzinitiative Marzahn e. V.

Ein alter Bauwagen wurde zu neuem Leben erweckt. Seine jetzige Heimstatt ist der Abenteuerspielplatz in der Ahrensfelder Chaussee 26. Außen bunt bemalt und innen ausgestattet mit einer kleinen Küche und Sitzgelegenheiten beherbergt er nun das Café International. Dazu gehört auch ein Außenbereich mit Tischen und Bänken, der gern von geflüchteten Frauen und deren Kindern genutzt wird, die in der nahegelegenen Unterkunft im Hauswaterweg leben. Christa Bertag hat großen Anteil am Entstehen dieses ungewöhnlichen Begegnungsortes zwischen Einheimischen und ihren neuen Nachbarn. Viel Kraft und Zeit hat sie zusammen mit Helferinnen und Helfern gegen so manche bürokratischen Widerstände investiert – bis im Herbst 2016 das Café eröffnen konnte.

Schon im Frühjahr 2015, als die ersten Flüchtlinge in Karlshorst ankamen, war für die Hauptkassiererin der Ortsgruppe der Volkssolidarität und Genossin der Linkspartei klar, dass hier geholfen werden muss. Sie organisierte Sammelaktionen für Kleidung und Spielzeug. Nicht nur die Hilfsbereitschaft der Karlshorster, sondern vor allem das Engagement von jungen Menschen hat Christa Bertag überrascht. Sie selbst fühlt sich den Idealen von Frieden und

Solidarität verpflichtet und möchte darüber nicht nur sprechen, sondern handeln, auch wenn die erste Euphorie in der Gesellschaft einer gewissen Nüchternheit gewichen ist. Ideen hat Christa Bertag viele. So wirkte sie aktiv mit, als im vergangenen Sommer zusammen mit dem Stadtteilzentrum Ikarus, in dessen Begleitgremium „Arbeit mit Geflüchteten“ sie tätig ist, der Katholischen Hochschule und vielen Bewohnern und Geflüchteten in Karlshorst mit großem Erfolg ein Willkommensdinner organisiert wurde. Auch eine Frauentagsfeier der Ortsgruppe der Volkssolidarität mit Frauen aus Syrien und Irak ist ihrer Initiative zu verdanken. Für eine erfolgreiche Flüchtlings- und Integrationsarbeit, davon ist Christa Bertag fest überzeugt, ist ein langer Atem nötig, aber auch Geduld und Verständnis für die Menschen, die ihre Heimat verloren haben.

Die 1942 in Sondershausen geborene Christa Bertag besitzt ein großes Organisationstalent, kann gut mit Menschen umgehen und wirkt im Gespräch strukturiert und konzentriert. Alle diese Fähigkeiten verwundern nicht, schaut man in ihren Lebenslauf. Die ausgebildete Diplom-Chemikerin war von 1985 bis 1990 Generaldirektorin des VEB Kosmetik-Kombinat Berlin. Sie trug Verantwortung für acht

Betriebe mit 8.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Versorgung der Bevölkerung, für neue Produkte, für Export und Investitionen. Zudem musste sie diese zeitintensive und kräftezehrende Arbeit und ihre Familie unter einen Hut bringen. Nach der deutschen Einheit erlebte sie die Zerschlagung des Kombines und eines seiner modernsten Kosmetikbetriebe in Europa und die Entlassungen der Beschäftigten. Heute engagiert sie sich in dem Projekt „Die Kombinatdirektoren“, um über Erfahrungen und Lehren aus der DDR-Wirtschaft zu berichten. Dazu sind bereits zwei Bücher auch mit ihren Erinnerungen erschienen.

Christa Bertag hat Wünsche an die Politik. Ihrer Meinung nach muss im Bezirk zukünftig mehr für ältere und alte Menschen getan werden. Dazu gehören Seniorenbegegnungsstätten in Wohnortnähe. Noch besser findet sie Begegnungsstätten, wo sich mehrere Generationen treffen und voneinander profitieren können. Dass dies funktionieren kann, hat die Flüchtlingsarbeit bewiesen. Eine solche Gelegenheit würde der geplante Schulneubau mit einem integrierten Treff in der Köpenicker Straße bieten.

Für die große Politik wünscht sich Christa Bertag ein parteiübergreifendes Engagement von Frauen gegen Krieg und Aufrüstung. DANIELA FUCHS

WANN UND WO

- **11. Juli, 16 Uhr**
Jahresempfang der Fraktion, Verein für ambulante Versorgung, Ribnitzer Straße 1; bitte anmelden: Tel. 90 296 31 20 oder fraktion@die-linke-lichtenberg.de
- **15. Juni und 13. Juli, 17 Uhr**
Bezirksverordnetenversammlung, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36

Kultur Tipp

Poesiealbum 189

Bob Dylan

Bob Dylan erhielt als erster Singer-Songwriter den Literaturnobelpreis. Die Entscheidung der Schwedischen Akademie im letzten Jahr war eine Überraschung. Die Songpoesie des 1941 als Robert Allen Zimmerman in den USA geborenen Bob Dylan hat nichts an Aktualität eingebüßt und begeistert seit jeher Generationen. Er bleibt wie einer seiner Titel heißt Forever Young.

Die kleine Auswahl nachgedichtet von Heinrich Detering umfasst politische Texte der sechziger Jahre, neue Kirchenlieder, alte Bluesstrophen und Balladen.

„Abendnebel liegt über Stadt und Welt. Sternenlicht glitzert im Bach. Die Kaufkraft des Proletariats verfällt. Das Geld wird schal und schwach. Wir trotten den Weg in die neue Zeit. Wir konkurrieren global. Niedriglohn heißt die Wirklichkeit ...“ (Arbeiter-Blues, der zweite, S. 28). DANIELA FUCHS

- Märkischer Verlag, Wilhelmshorst 2016

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

23. Mai 2017

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Girls' Day 2017: Starke Frauen in allen Berufen



Ein rundum gelungener Girls' Day mit Schülerinnen der Fritz-Reuter-Schule im Abgeordnetenhaus.

Auch wenn der Name ähnlich klingt: Der Girls' Day ist nicht einfach nur ein „kleiner“ Frauentag. Hier geht es zwar auch um allgemeine frauenpolitische Anliegen, aber im Fokus steht ein ganz konkretes Thema: die Trennung in „Frauen-“ und „Männerberufe“. Viele Berufsfelder gelten immer noch als Männerdomäne. Zu viele. Die Idee des Girls' Day ist es, jungen Mädchen einen positiven Einblick in „männliche“ Berufsprofile zu ermöglichen und sie zu motivieren, diese bewusst zu ergreifen.

Zum diesjährigen Girls' Day am 27. April haben Dr. Manuela Schmidt

und ich Schülerinnen der Fritz-Reuter-Schule zu uns in die Linksfraktion ins Abgeordnetenhaus eingeladen. Bei ihrem Ausflug konnten die Mädchen die Arbeit der Abgeordneten kennenlernen und mit zwei Mitarbeiterinnen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) über die beruflichen Chancen von Frauen in dem großen Landesbetrieb ins Gespräch kommen. In einem Unternehmen mit 14.000 Beschäftigten gibt es viele Arbeitsbereiche, nicht nur im Fahrdienst oder in der Werkstatt. Marketing und Personalentwicklung, Digitalisierung und Automatisie-

rung – fachliches Können und soziale Kompetenz sind in allen Bereichen gefragt. Die Ausbildungs-, Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten sind für Frauen ebenso vielfältig wie für Männer und Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Den BVG-Beschäftigten stehen diverse arbeitsplatzbezogene Fortbildungen offen, sie können studieren und werden dabei großzügig unterstützt. Die BVG betreibt seit Jahren vorbildliche Frauenförderung, wofür die Vorstandsvorsitzende Dr. Sigrid Nikutta kürzlich sogar mit dem Berliner Frauenpreis ausge-

zeichnet wurde. Für mich hatte der Tag mit den Schülerinnen noch eine besondere persönliche Bedeutung, denn die Fritz-Reuter-Schule liegt in Neu-Hohenschönhausen und damit direkt in meinem Wahlkreis. Egal, welchen Beruf die Mädchen am Ende wählen: Ich hoffe, dass sie selbstbewusst ihre Talente und Fähigkeiten verwirklichen und wünsche ihnen allen dabei von Herzen viel Erfolg!

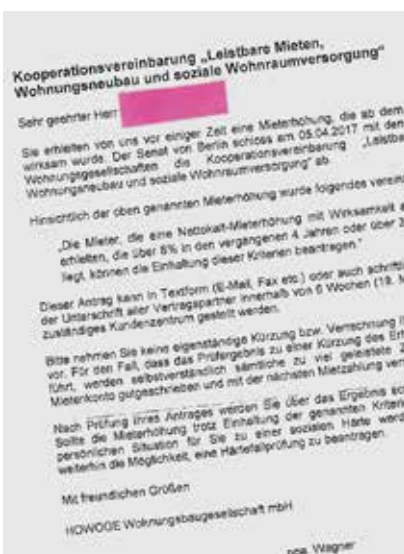
INES SCHMIDT

Vor drohender Obdachlosigkeit bewahrt – Hilfe von LINKEm Abgeordnetenbüro

Vor einigen Wochen wandte sich eine Bürgerin an uns. Sie wohnt Übergangsweise in einer Wohnung der mitHilfe GmbH, die soziale Dienste wie z. B. Schuldnerberatung und Hilfe bei Job-Bewerbungen und bei der Wohnungssuche anbietet. Aufgrund von Krankheit oder weil sie durch ihren neuen Job bei einer Bäckerei verhindert war, konnte Frau Z. einige Termine der Beratungsangebote nicht wahrnehmen. Darauf strich das Sozialamt die Unterstützung für Frau Z. und sie sollte innerhalb von gut vier Wochen aus der Übergangswohnung ausziehen – völlig unmöglich, in dieser kurzen Zeit eine neue Bleibe zu finden. Das Amt bot ihr einen Platz in der Obdachlosenunterkunft an.

Völlig verzweifelt kam sie in die Sprechstunde von Gesine Löttsch und schilderte den Fall. Daraufhin wandte sich das Büro Löttsch an das Sozialamt und die mitHilfe GmbH und erkundigte sich nach deren Sicht der Dinge. Frau Z. hatte uns versprochen, ab jetzt zu jedem Beratungstermin zu gehen und sich intensiv um eine Wohnung und einen Wohnberechtigungsschein zu kümmern, auf den sie und ihr Lebensgefährte einen Anspruch haben. Mit dieser Botschaft ließ auch das Sozialamt mit sich reden und der Träger verlängerte für Frau Z. die Bleibe in der Übergangswohnung, bis sie eine eigene Wohnung beziehen kann. Das zeigt mal wieder, dass oft eine gute Kommunikation zwischen allen Beteiligten helfen kann, wenn es Probleme zwischen Behörden, Vermietern und Bürgern gibt. Das Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch in der Zingster Str. 12 steht natürlich allen Bürgerinnen und Bürgern offen, die etwas auf dem Herzen haben. HANNES PFEIFER

Miete selbst berechnen – Briefe der HOWOGE zu Mieterhöhungen



Vor einigen Wochen bekamen vielen Mieterinnen und Mieter der HOWOGE einen Brief ins Haus. Die Wohnungsbaugesellschaft bat darum, die zum 1. Januar 2017 wirksam gewordenen Mieterhöhungen auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Dabei wurde eine Grenze von monatlich 30 Euro im Rahmen der letzten Erhöhung oder von 8% in den vergangenen vier Jahren genannt. Das ist die Grenze, die Bausenatorin Katrin Lompscher aus Lichtenberg mit den Wohnungsbaugesellschaften vereinbart hatte, nachdem diese völlig ohne Absprache kurz nach der Wahl noch die Mieten erhöhten. Dass die HOWOGE Mieterinnen und Mieter nun aber selbst die Arbeit ma-

chen lässt und noch darauf spekuliert, dass viele vielleicht die Berechnungen nicht anstellen oder die eingeräumte Frist von sechs Wochen nicht einhalten können, war dann doch überraschend. Ein Bürger wandte sich mit dem Brief an Gesine Löttsch und diese informierte die Bausenatorin. Das Ergebnis: Die HOWOGE wurde aufgefordert, den Mieterinnen und Mietern einen neuen Brief zu schreiben und sie zu informieren, dass jetzt auch ein formloser Widerspruch ohne Ausschlussfristen ausreicht, damit die vergangene Mieterhöhung von der HOWOGE auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft wird. Sozial – auch nach der Wahl! HANNES PFEIFER

Solidarische Bürgerversicherung

Auf diesem Platz stellt die info links fortlaufend Themen aus dem Entwurf des Wahlprogramms vor. Dieses Mal zum Thema Gesundheit.

■ Beitragssenkung

Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihres gesamten Einkommens einzahlen und alle eine gleichermaßen hochwertige medizinische Versorgung erhalten – ohne Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten finanziert. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir abschaffen. Der Beitragsatz kann von durchschnittlich 15,7 Prozent (2017) dauerhaft auf unter 11 Prozent abgesenkt werden.

■ Krankenhäuser stärken

Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung. Nötig sind verbindliche bundesweite Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patientinnen und Patienten vorhanden sein müssen. Wir fordern 100 000 Pflegekräfte mehr! Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand. Bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen in nicht-profitorientierte Trägerschaft überführt werden.

■ Ambulante Versorgung verbessern

Wir brauchen eine flächendeckende und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land. Dafür

wollen wir die Arztsitze gleichmäßiger verteilen. Überversorgung muss abgebaut werden. Polikliniken sollen zu einem Rückgrat der ambulanten Versorgung werden. Sie gewährleisten eine hochwertige, interdisziplinäre Behandlung und bieten vielen jungen Ärztinnen und Ärzten die gewünschten flexiblen und familiengerechten Arbeitsbedingungen.

■ Privatleistungen begrenzen

Den Markt für Privatleistungen bei gesetzlich Versicherten, sogenannte individuelle Gesundheitsleistungen, wollen wir strikt begrenzen. Sie bringen den Patientinnen und Patienten in der Regel keinen Nutzen und beschädigen das Arzt-Patienten-Verhältnis.

■ Hebammen retten

Für die Haftpflichtversicherungen der Hebammen muss endlich eine grundlegende Lösung gefunden werden. Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um die Hebammen und Entbindungspfleger unabhängig von privaten Versicherungen zu machen.

■ Bezahlbare Medikamente

Wir wollen, dass alle Patientinnen und Patienten mit sicheren und wirksamen Arzneimitteln nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft versorgt werden – unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer Erkrankung. Dafür fordern wir eine Deckelung für Medikamentenpreise. **KLAUS SINGER**

Wie gesund ist unser Gesundheitssystem?

■ Arme sterben früher

Generell gilt: Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt früher. Die Gesundheitsreformen haben Unternehmen entlastet.

Versicherte müssen allein für steigende Kosten aufkommen. Gleichzeitig machen Pharmaindustrie und Krankenhauskonzerne Milliardenprofite. Leistungen wurden gekürzt, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge für die Versicherten eingeführt.

■ Gesundheit als Geschäft

Konkurrenz zwischen Krankenhäusern führt dazu, dass zwischen lukrativen Patienten und solchen, mit denen kein Ertrag zu machen ist, unterschieden wird.

Viele Patientinnen und Patienten fragen sich, ob eine Behandlung aus ökonomischen Gründen erfolgt oder unterlassen wird. Das Gesundheitssystem ist für viele Menschen kaum durchschaubar. Es ist schwer, die eigenen Rechte in Erfahrung zu bringen und noch schwerer, sie gegen Krankenkassen, Ärzte oder Krankenhäuser durchzusetzen.

Der finanzielle Druck bringt alle Beteiligten zwangsläufig dazu, ihren eigenen Vorteil immer häufiger vor die Interessen der Patienten zu stellen.

■ Pflegenotstand

Es herrscht Pflegenotstand. In den Krankenhäusern fehlen mindestens 162 000 Stellen, darunter 100 000 Pflegekräfte. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patienten in kürzerer Zeit versorgen. Viele Studien zeigen, das Sterberisiko steigt mit steigender Arbeitsbelastung: Wenn eine Pflegekraft einen Patienten mehr zu versorgen hat, steigt das Risiko um bis zu neun Prozent.

■ Lange Wartezeiten

Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung gehören Wohnortnähe, angemessene kurze Wartezeiten auf einen Termin und eine gute Notfallversorgung. Deutschland hat eine hohe durchschnittliche Arztdichte, trotzdem bekommen Menschen monatelang kein Termin bei einem Facharzt.

■ Einfluss der Pharmakonzerne steigt

Der Einfluss von Pharmakonzernen auf das Gesundheitssystem wird größer. Das betrifft nicht nur die Werbung, sondern auch die Beeinflussung der Ärzteschaft, der Wissenschaft und von Patientenorganisationen. Ärzte dürfen für das Verordnen bestimmter Medikamente nicht belohnt werden.

KLAUS SINGER

Hauptsache: Frieden

Am 30. April 2017 hat die Lichtenberger LINKE zur Basiskonferenz nach Karlshorst eingeladen. Mit prominenter Unterstützung durch unsere direkt gewählte Abgeordnete Dr. Gesine Löttsch und den Bundeswahlleiter Matthias Höhn erlebten wir eine lebhaft und angeregte Diskussion zu unserem Wahlprogramm, zum bevorstehenden Wahlkampf und aktuellen politischen Themen.

Unsere Bezirksvorsitzende legte allen Anwesenden 2 Fragen zur Entscheidung vor, die maßgeblich die Haltung zu unserer Gesellschaft bestimmen: Solidarität oder Gier? Krieg oder Frieden? Mit ihrer Aussage „Solidarität heißt für mich, Konflikte friedlich zu lösen.“ sprach sie allen Anwesenden aus dem Herzen. In vielen Wortbeiträgen wurde in

der anschließenden Debatte immer wieder darauf hingewiesen, dass die konsequente Friedenspolitik unserer Partei an vorderste Stelle ins Wahlprogramm gehört – denn das ist der Anspruch, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten und wofür sie die LINKE wählen. Gesine Löttsch, deren Direktmandat es zur Wahl am 24. September 2017 zu verteidigen gilt, betonte in ihrer Rede: „Wir sind in der Friedensfrage immer fest geblieben. Sie ist nicht verhandelbar... Das muss auch so bleiben!“ Das werden wir auch in der Öffentlichkeit weiter thematisieren, um den Menschen bewusst zu machen, dass die LINKE und der Kampf für Frieden und die Ablehnung von Kriegseinsätzen unmittelbar zusammengehören.

ANDREA SCHACHT



Demonstration der Partei DIE LINKE vor dem Gesundheitsministerium gegen den Pflegenotstand.



Mehr Gehör für die linken Denker

Vorgestellt: Sabine Pöhl

Wie bist du zur LINKEN gekommen?

2011 war für mich ein aufregendes Jahr. Nicht nur in Bezug auf das Lichtenberger Rathaus und meine Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch in meinem privaten Umfeld. Überall ging es darum, Lichtenberg, Berlin und darüber hinaus unser Land, sozialer und gerechter zu gestalten. Ich lernte viele Genossinnen und Genossen dieser Stadt kennen und für mich stand fest, dass ich diesen Weg mitgehen möchte. Kurz vor der Wahl im September 2011 bin ich Mitglied geworden. Es war ein richtiger und wichtiger Schritt in meinem Leben.

Was begeistert dich besonders an der LINKEN?

Was ich besonders an der Linken schätze, ist ihr konsequentes Nein zu Kriegen, Aufrüstung, Ausbeutung und Vertreibung in dieser Welt. Das gilt auch für die Visionen für ein gerechtes Deutschland. Schön wäre, wenn wir diese noch stärker in unserer Gesellschaft verankern könnten. Dafür möchte ich mich einsetzen.

Was machst du beruflich?

Ich erstelle, zusammen mit Kolleginnen und Kollegen, die Bezirksregionenprofile für Lichtenberg. Sie sind auf den Internetseiten des Bezirksamtes Lichtenberg abrufbar und zeigen die Situation im Bezirk bis hin zum



Sabine Pöhl gehört seit 2011 zu den LINKEN.

einzelnen Sozialraum auf. Auf ihrer Grundlage können Akteure Projekte entwickeln und das Bezirksamt die Infrastruktur- und andere Maßnahmen in Lichtenberg planen.

Seit Ende 2016 bist du wieder Mitglied im Bezirksvorstand. Welche Projekte möchtest du angehen?

Wir sind wieder in einem Wahljahr und da gilt es auch für mich, Gesine Löttsch zu unterstützen. Vor der Tür steht auch das Sommerfest der Linken Lichtenberg, dass am 11. Juli

im VaV, Ribnitzer Straße, stattfinden wird. Andere Projekte sind die Organisation des 16. Familienrenttags auf der Trabrennbahn und der Kampf für einen Hundepark in Karlshorst.

Was wünschst du dir im Hinblick auf die Bundestagswahl im September?

Ich wünsche mir ein gutes Ergebnis für DIE LINKE. Lichtenberg und natürlich auch, dass Gesine Löttsch ihre Arbeit im Bundestag fortsetzen kann. Und ich wünsche mir, dass die linken Denker von gestern und heute stärker gehört werden, damit ein politischer Wechsel gelingen kann. JULIA MÜLLER

Bloß keine weißen Flecken



Sie sorgen maßgeblich dafür, dass 20.000 Exemplare unserer Lichtenberger Parteizeitung info links regelmäßig monatlich ihre Leser finden: Die Verteiler aus den Basisorganisationen und befreundeten Vereinen von Karlshorst bis Malchow. Am 25. April von ihrer Vorsitzenden Dr. Gesine Löttsch als Dankeschön für ihre Mühen zu einem vorabendlich zwanglosen Plausch eingeladen, tauschten sie Erfahrungen, Vorschläge und Ideen darüber aus, wie

Die Verteiler der info links treffen sich zum Erfahrungsaustausch.

besonders in den nächsten Wochen und Monaten die gestiegene Auflage der Zeitung „unter die Leute“ gebracht werden kann. Immerhin sind 30.000 Exemplare zu verteilen.

Der fast 90-jährige Jasper Oelze aus dem Rosenfelder Ring, der dort den Vertrieb von 2000 Zeitungen verantwortet, kann sein Aufkommen

um 200 Stück erhöhen, nachdem er den Zugang zu Häusern in der angrenzenden Frankfurter Allee eröffnet hat. Weiße „Vertriebsflecken“ wie z. B. im Gebiet Weitlingstraße/Münsterlandplatz oder in Hohenschönhausen Nord könnten aufgefüllt werden, wenn sich Verteilersympathisanten aus der Nachbarschaft fänden. Künftig sollen auch Vereine, Verbände und Institutionen von den Seniorenzentren bis zu den Stadtteilzentren wie der Kiezspinne in Frankfurter Allee Süd für das ausdrückliche Auslegen auch dieses Bezirks-Blattes in ihren Räumen gewonnen werden. Schließlich ist die konsequent anzeigenfreie info links kein Werbeblatt. Diskutiert wurde auch, ob ein info links-Abonnement eingeführt werden sollte. Darüber hinaus wird überlegt, wie sich der online-Auftritt von info links entwickeln lässt. Mitstreiter meldet Euch bitte! JOACHIM PAMPEL

MIT RAT & TAT

TERMINE

- **17.6., 11-22 Uhr**
Fest DER LINKEN, Rosa-Luxemburg-Platz
- **21.6., 18 Uhr**
Podiumsdisk. des Aktionsbündnis „A100 stoppen – Wohnungsbau statt Autobahn“, Kiezspinne
- **30.6., 18 Uhr**
Hendrikje Klein, MdA, und die Milieuschutzinitiative laden zur Diskussion ein: „Milieuschutz im Weitlingkiez und in Berlin – notwendig oder nicht?“, mit Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen (DIE LINKE) und der Lichtenberger Stadträtin für Stadtentwicklung Birgit Monteiro (SPD), Evangelisch Freikirchliche Gemeinde, Heinrichstraße 31
- **1.7., ab 10 Uhr**
2. Tagung des 6. Landesparteitages der LINKEN
- **5.7., 18.30 Uhr**
„Versprochen und nichts gebrochen - Bilanz und Ausblick“, Dr. Gesine Löttsch, MdB und Kandidatin für den Direktwahlkreis, Saal „Düne“, Ribnitzer Straße 1b
- **9.7., 10 Uhr**
Politischer Frühschoppen, Havana Bar, Treskowallee 111
- **19.7., 18 Uhr**
Gesine Löttsch lädt ein: Du bist Mitglied der LINKEN und engagierst dich in einem Verein, dann komm zum Erfahrungsaustausch, Alfred-Kowalke-Str. 14.

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1**
fon 030 96063128, 5.7., 16-18 Uhr, am Infostand Prerower Platz
- **Marion Platta, MdA, WK 3**
fon 030 97 999 643, 13.7., 17-19 Uhr, LIBEZEM, Rheinstraße 9
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**
15.6. und 20.7., 18-19 Uhr, Wahlkreisbüro, Buggenhagenstr. 19, Anmeldung unter schluesselburg.wkb@linksfraktion.berlin oder 030 2850 6524
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**
fon 030 23252560, 19.6., 17.30-18.30 Uhr, Alfred-Kowalke-Str. 14, Anmeldung unter: team@hendrikjeklein.de oder anrufen

theARTer – die Galerie der etwas anderen Art



Ausstellung ‚LaCave‘ in der theARTer Galerie mit etwa 20 internationalen KünstlerInnen.

Wie schwierig es ist, sich abseits des Mainstreams zu bewegen, wissen wir als LINKE nur zu genau. Auch Carsten Schmidt weiß ein Lied davon zu singen. Seit fast zehn Jahren betreibt er mitten in Alt-Lichtenberg die theARTer Galerie – eine Kunstgalerie der etwas anderen Art. Das Konzept ist mindestens deutschlandweit einzigartig. Stilistisch ist die Galerie auf Surrealismus, Dark Art und Phantastische Art spezialisiert, was an sich ja

schon unkonventionell ist. Doch sie ist nicht nur ein Ausstellungs-, sondern zugleich ein Veranstaltungsort, wo regelmäßig Avantgardistisches und Konzerte aus dem Rock-, Gothic- und Metal-Bereich stattfinden, bei denen auch viele Genregrößen auftreten. Unter den ausstellenden KünstlerInnen arbeiten wiederum viele als Gestalter für Metal- und Gothic-Bands oder sind selbst entsprechende Szene-MusikerInnen. So hat sich hier in

einem Ladenlokal in der Hagenstraße 56 im Weitlingkiez im Laufe der Zeit eine Art kreatives Experimentierlabor für im weitesten Sinne „düstere“ Bild- und Tonkunst mit internationaler Ausstrahlung entwickelt. Hauptsächlich kommen die BesucherInnen aus Berlin und anderen Bundesländern, doch für besondere Veranstaltungen reisen auch schon mal Gäste extra aus den USA an.

Doch selbst düstere Kunst hat noch eine Schattenseite: die Finanzen. Die ganze Zeit muss theARTer um ihr Überleben kämpfen. Kulturfördermittel hat die Galerie bisher nicht erhalten, obwohl Carsten Schmidt in den vergangenen Jahren mehrere Anträge gestellt hat. Zuletzt hat er sogar schon an die Schließung gedacht, will jedoch noch nicht aufgeben. „Was möglich wäre, wenn wir ein Budget hätten“, illustriert er mit einer kleinen ironischen Rechnung: „Allein von den Baukosten der Hamburger Elbphilharmonie könnten wir über 40.000 Jahre ein Programm für etwa 100 Millionen Besucher anbieten.“

ROMAN VERESSOV

Wo steht dieser etwas groß geratene Stuhl?

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2017 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Lötzsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist 25. Juli 2017. Bitte die Antworten an gesine.loetzsch@bundestag.de mailen oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Lötzsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Aprilrätsels: Die Tube ist ein Jugendklub.

Vielen Dank für die vielen richtigen Lösungen. Die Gewinner werden angeschrieben.

Fotorätsel



Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14, hat wie folgt geöffnet:

Vom 19. Juni bis 14. Juli 2017

■ dienstags 13-17

■ donnerstags 13-18

Außerhalb dieser Zeiten sind wir in der Regel nur nach telefonischer Vereinbarung erreichbar.

Geschäftsstellenleiterin:

Marina Richter-Kastschajewa

■ **Telefon: 030/512 20 47**

■ info@die-linke-lichtenberg.de

„info links“ wird herausgegeben von:

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE

Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Fon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 516 592 42

Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Gesine Lötzsch

Redaktionsschluss:

Ausgabe Juni: 24. Mai

Die nächste Ausgabe erscheint am

Donnerstag, 3. August 2017

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Gestaltung: Uta Tietze

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg

IBAN: DE 59 10 0708 4805 2560 7803

BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck angeben:

810-503, info links, Ihr Name, Vorname

KIEZ / FAMILIEN

- **Sonnabend, 3.6., 11 Uhr**
Familiensamstag – Eine musikalische Reise der Schostakowitsch Musikschule auf die „Old MacDonald Farm“, Instrumentenkunde zum Mitmachen, Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2
- **Sonntag, 11.6., ab 13.30 Uhr**
Sonntagsrennen mit kleinem Familienfest, Trabrennbahn Karlsruhorst, Treskowallee 129
- **Freitag, 16.6., 15-21 Uhr**
Kiezkulturfest in der Kiezsperle Schulze –Boysen-Str. 38
- **Sonntag, 9.7., 14 Uhr**
Chorsommer, Kulturhaus Karlsruhorst, Treskowallee 112

FÜHRUNGEN

- **Sonnabend, 17.6., 16 Uhr/ Sonntag, 18.6., 14 Uhr**
Friedrichsfelder Friedhofsspaziergänge mit Prof. Jürgen Hofmann und Klaus Schäling, Orte der Ruhe und grüne Oase, Führungen zum langen Tag der StadtNatur, Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Gudrunstr. 20, 4 Euro, erm. 2, bis 14 Jahre frei
- **Sonnabend, 24.6., 14 Uhr**
Zeitzeugentour vom Tierpark zum Deutsch-Russischen Museum, Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2

KINO

- **Dienstag 13.6., 18.30 Uhr**
Spur der Steine, Einführung: Ralf Schenk DEFA-Stiftung, Bürgerkomitee 15. Januar, Ruschestr. 103, Eintritt 3 Euro

KONZERT

- **Mittwoch, 21.6., 16.30-22 Uhr**
Fete de la Musicque, Bambusen-Bühne, Rummelsburger Ufer 14

SENIOREN

- **Mittwoch, 7.6., 15 Uhr**
Seniorenuniversität 2017, Armut und Verantwortung – Ethische Reflexionen in einer globalisierten Welt, Andreas Mues, Kanzler, Hochschule für Gesundheit und Sport, Vulkanstr. 1

LITERATUR

- **Donnerstag, 15.6., 19 Uhr**
Dr. Gesine Lötzsch stellt ihr Buch „Immer schön auf Augenhöhe“ vor, Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2, Eintritt 4 Euro/ermäßigt 3 Euro